

Haushaltsrede von Oberbürgermeisterin Stefanie Seiler zur Einbringung des Haushalts der Stadt Speyer für das Jahr 2023 am 17. November 2022

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Kolleginnen des Stadtvorstandes,
Sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Medienvertreterinnen und Medienvertreter,

ich begrüße Sie zu unserer heutigen Ratssitzung, die zu den wichtigsten eines Jahres gehört und freue mich über das rege Interesse. Der Haushaltsentwurf, den wir heute vorstellen und in den nächsten Sitzungen debattieren, ist weitaus **mehr als ein Zahlenwerk** – er liefert eine Bestandaufnahme der Situation unserer Stadt und beschreibt die Aufgaben und Vorhaben für das nächste sowie die kommenden Jahre. Er beziffert also nicht nur unsere Ein- und Ausgaben, er zeigt unsere kurz-, mittel- und langfristige **To-Do-Liste**.

Überschattete die Debatte letztes Jahr noch gänzlich die Corona-Pandemie sind nun weitere multiple Krisen wie der Krieg in der Ukraine, voranschreitender Klimawandel und die damit verbundenen klimatischen Beeinträchtigungen, Energiekrise, steigende Inflation sowie der Fachkräftemangel hinzugekommen und haben die diesjährige Haushaltsaufstellung zu einem **großen Kraftakt** für die Verwaltung werden lassen. **Langfristige Planungen**, für das was kommen mag, sind nicht einfach so mehr zu machen. Unvorhergesehene und unverschuldete Ereignisse, die diese Planungen ins Wanken bringen und **kurzfristige, flexible Lösungsansätze** bedürfen, werden zunehmen. Die vielfältigen Herausforderungen verlangen den Verantwortlichen in unserer Stadt viel ab. Wir haben in den letzten Jahren gezeigt, dass wir **handlungsfähig** sind, dass wir neue Antworten und neue Strukturen aufbauen können, um schnell zu reagieren, widerstandsfähiger und resilienter zu werden. Allen voran in der Corona-Pandemie, die wir gemeinsam meistern konnten.

Mit Blick auf den Haushaltsentwurf 2023, den ich Ihnen heute vorstellen darf, steht Speyer im Verhältnis zu jenen Herausforderungen weiterhin gut da. Unser Jahresabschluss 2021 zeigt abermals, dass sich unsere Stadt durch Wirtschaftskraft und Lebensqualität auszeichnet und wir auf dem **richtigen Weg** sind.

Denn die Wirtschaft in Speyer ist stabil und hat sich trotz Einschränkungen der Pandemie bisher als resilient erwiesen. Dies zeigt sich besonders auch daran, dass unsere Einnahmen

im letzten Jahr erneut gestiegen sind. Also ein Grund mit **Zuversicht** in die Zukunft zu blicken. So können Sie dem Schaubild (**Folie 1**) entnehmen, dass wir gegenüber laufenden Aufwendungen in Höhe von ca. **185 Mio. Euro** mit Erträgen von ca. **196 Mio. Euro** einen positiven Jahresabschluss 2021 in Höhe von ca. **12 Mio. Euro** abschließen konnten. Ergebnis unserer eigenen Anstrengungen, unseres Engagements, der Arbeitskraft und Innovationsbereitschaft der Bürgerschaft, der Unternehmen und Dienstleistungsbetriebe, den Menschen, die in Rat und Verwaltung Verantwortung tragen. **Gemeinsamen** haben wir im letzten Jahr viel erreicht und dafür möchte ich allen ganz herzlich danken.

Speyer, meine Damen und Herren, hat **gut gewirtschaftet**. Wir haben die richtigen Akzente gesetzt, um die Wirtschaft zu fördern und attraktiv für junge wie ältere Menschen, für Singles wie Familien zu sein. Wir haben, trotz Beeinträchtigung unsere **Hausaufgaben gemacht** und unseren Haushalt sukzessive **konsolidiert**. Auf diese Gemeinschaftsleistung bin ich stolz. Den nachfolgenden Schaubildern (**Folie 2 und 3**) können Sie unseren **Schuldenstand** bzw. Abbau der letzten fünf Jahre entnehmen. Uns ist es in 2020 und 2021 nochmals gelungen Schulden erheblich **abzubauen**. Aus diesem Grund liegt der durchschnittliche **Schuldenbetrag** je Einwohnende auch weiterhin deutlich **unter dem Durchschnitt** in Rheinland-Pfalz bzw. dem der kreisfreien Städte. Im Vergleich zum Vorjahr konnten die Liquiditätskredite **um neun Millionen gesenkt** werden. Auch im nächsten Jahr werden wir weitere Tilgungsmöglichkeiten wahrnehmen.

Ebenso führen wir stringent und kontinuierlich unseren kommunalen Entschuldungsfond voran, wie sie **Folie 4** entnehmen können. Die KEF-Zielgröße zum 31. Dezember 2022 beträgt rund **52.6 Mio. Euro**. Bis zum Jahr 2026 gilt es die Liquiditätskredite auf rund **36,4 Mio. Euro zu reduzieren**.

Die positive Einnahmeentwicklung, von der ich eingangs sprach, beschreibt aber nur eine Seite des Haushalts. Was zu Buche schlägt, das sind die **Ausgaben**. Anders gesagt: Unsere Stadt steht nur dann gut da, wenn die Einnahmen ausreichen, um die sowohl notwendigen wie die wünschenswerten Ausgaben zu bestreiten. Genau hier - Sie wissen es - liegt die **Schwierigkeit** der deutschen Städte und Gemeinden. Wir alle sind davon betroffen, dass die Ausgaben stetig steigen und **Bund und Land** uns immer mehr an **Aufgaben abgeben**. **Leider** ohne eine entsprechende Finanzierung sicherzustellen. Das **Konnexitätsprinzip** wird damit sukzessive ausgehöhlt. Entsprechend manifestiert sich in diesem Haushaltsentwurf, welchen kommunalpolitischen Gegebenheiten und vor allem Sparzwängen wir unterliegen und welchen allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen wir Rechnung tragen müssen.

Es ist mehr als **überfällig**, dass der **Bund** sich endlich auch seiner Verantwortung stellt und mehr für die Kommunen tut. Als Beispiel sei hier das neue **Wohngeld** genannt, das ich außerordentlich begrüße. Die Umsetzung der Reform aber erfolgt in den Kommunen und

genau hier würde ich mir mehr Mitsprache und Beteiligung wünschen. Aber auch unabhängig von neuen Aufgaben. Die Diskussion über die Haushalte der Kommunen kommt seit etlichen Jahren ohne die **Schlagworte „Schulden“ und „Sparen“** nicht mehr aus. Wie es schon Goethe in „Faust II“ treffend formuliert: *„Wir wollen alle Tage sparen und brauchen alle Tage mehr“*. Am Weimarer Hof nicht nur für seine Literatur bekannt, sondern auch für die Finanzen zuständig, wusste er wovon er sprach. Und spricht uns gebeutelten Haushaltsverantwortlichen noch heute **aus der Seele**.

Jedes Jahr nehmen wir jede Haushaltsposition unter die Lupe, um Einsparpotenziale zu finden. Für uns ist **Sparen keine Floskel**, sondern praktizierter Alltag. Nicht zuletzt, weil wir es den Menschen **schuldig** sind. Und dabei waren wir durchaus **erfolgreich**, auch wenn wir manche Vorhaben mehrfach durch langwierige Verfahren, fehlendes Personal oder krisenbedingt verschieben mussten. Wir konnten die Neuverschuldung kontinuierlich senken und haben uns damit selbst die Möglichkeit geschaffen, wichtige Projekte in Gang zu bringen und umzusetzen. Von großer Bedeutung sind hier insbesondere die **Sanierung des Purrmann-Hauses**, der Beginn des **Neubaus der Kita Kastanienweg** oder die **Errichtung des Gerätehauses Nord** für unsere Feuerwehr.

Trotzdem bleibt unser finanzieller **Spielraum eng**. Und **klar ist auch**: wir können und werden in Zukunft kaum mehr einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können, wenn Bund und Länder uns stetig weiterhin Aufgaben ohne 100-prozentige Refinanzierung auferlegen. Somit geht es weiterhin um den Spagat zwischen notwendigen Leistungen und Haushaltskonsolidierung. Die **übertragenen Pflichtaufgaben** des Bundes bzw. des Landes sind insbesondere als Zuwendung und als Kostenerstattung für **soziale Sicherung** zu buchen. Hiermit sollen die mit der Erledigung der übertragenen Aufgaben entstehenden Aufwendungen ausgeglichen werden. Da in der Regel aber **keine Personalkosten** und **nur teilweise die entstehenden Sachkosten** erstattet werden, hat die Stadt hierdurch einen nicht unerheblichen Zuschussbedarf. Deshalb möchte ich Ihnen erneut die folgende Folie des letzten Jahres zeigen. Von dem nachfolgend dargestellten Defizit aus Auftragsangelegenheiten (**Folie 5**) sind rund zwei Drittel aus nicht erstatteten Sozialaufwendungen und ein Drittel aus zusätzlichen Personal- und Sachkosten entstanden. Der durchschnittliche Zuschussbedarf aus nicht erstatteten Mehraufwendungen für Auftragsangelegenheiten beträgt hiernach **rund 17,7Mio Euro für das Jahr 2020**. Im kommenden Jahr werden wir diese Berechnung aktualisieren.

Die Lage der Kommunen ist somit weiterhin **verbesserungswürdig**. Denn all jene großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, können nur dann zufriedenstellend gelöst werden, wenn die Kommunen, die Schaltstellen vor Ort finanziell auskömmlich ausgestattet sind. Und dies fernab eines bürokratischen Antragsverfahrens, sondern im Sinne der Konnexität. Die

Initiative der Übernahme eines Anteils der **Altschulden** des Landes begrüßen wir ausdrücklich. Wir werden im ersten Quartal prüfen, welche Vor- oder auch Nachteile dies für unsere Stadt hätte, um dann im Rat eine entsprechende Beschlussvorlage vorzulegen. Dennoch sehen wir dies nur als einen Baustein von vier wichtigen Säulen bei der Diskussion um kommunale Finanzen: die eigene Steuerkraft, Lösung der Altschuldenproblematik, kommunale Finanzausgleich und eben Konnexität.

Für unseren **sozialen Frieden** ist es immens wichtig, dass wir die sogenannten **freiwilligen Leistungen** sei es im Sport, Ehrenamt und Kultur nicht zurückfahren, sondern stabil halten und nach Möglichkeit ausbauen. Es ist bedauerlich, dass diese als „freiwillig“ tituliert werden und von den Aufsichtsbehörden dort als erstes der **Rotstift** angesetzt wird. Sind es doch jene Bereiche, die unser **Gemeinwesen aktiv gestalten** und unsere Demokratie stärken. Und damit ganz gewiss keine Bereiche, auf die wir im Sinne des Gemeinwohls, im Sinne des Sozialstaates und vor allem im Sinne der Menschen einfach verzichten könnten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, **Kommunalpolitik** spielt im Leben der Menschen eine entscheidende Rolle. Kommunalpolitik gestaltet **Politik vor Ort**, also da, wo Menschen leben und arbeiten, wo Unternehmen investieren und Arbeitsplätze schaffen. Die Kommunen legen den Grundstein für ein gutes Miteinander, sie prägen das Bild, das sich die Bürgerschaft von Politik macht. Was wir **leisten und bieten** können, hängt aber wie gesagt nicht allein von uns ab. Vorgaben oder Förderungen von Land, Bund und EU sowie die Wirtschaftsentwicklung im eigenen Land und weltweit haben heute großen Einfluss auf die Kommunalpolitik. So geht die Bundesregierung in ihrem Risiko-Szenario (Gasmangellage, kalter Winter und fehlende Energieeinsparungen) für 2023 von einem Konjunkturreinbruch um **7,9 Prozent** aus. Sollte dieser Fall eintreten, dürfte das BIP auch 2024 noch um **4,2 Prozent** schrumpfen und spüren werden wir das allen voran in der Kommune, vor Ort. Ein möglicher Nachtragshaushalt ist somit nicht ausgeschlossen.

Was die Wirtschaft betrifft, aber eben auch die gesellschaftlichen Entwicklungen vermag zurzeit niemand einzuschätzen, was kommt. Diese Gegebenheiten oder besser gesagt, diese **Unabwägbarkeiten** müssen auch wir berücksichtigen. Wir tun dies im vorgelegten Haushaltsentwurf so gut es geht. Wir kalkulieren vorsichtig, mit Augenmaß und mit dem Blick darauf, was realistisch umsetzbar ist. Die **Zukunft** mag so ungewiss und unsicher, wie schon lange nicht mehr, doch unser **Optimismus** und Willen zum Handeln für unsere Stadt ist ungebrochen.

Und damit komme ich zu den **Eckdaten des Haushaltsentwurfs für 2023**. Ich freue mich, Ihnen **erneut einen ausgeglichenen Haushalt** vorlegen zu können. Er geht von **Gesamterträgen** in Höhe von ca. **204 Mio. Euro** und plant **Aufwendungen** ebenfalls in einem Volumen von **204 Mio. Euro**. Abzüglich von Zinsaufwendungen können wir für das

Haushaltsjahr 2023 von einem geplanten **Ergebnis von ca. 145.000Euro** ausgehen. Das heißt: Wir können, wenn auch gerade so, unsere Ausgaben wieder aus eigener Kraft bestreiten.

Wie eingangs schon erwähnt, waren die Haushaltsberatungen von einer **kritischen Prüfung** aller Ein- und Ausgaben geprägt. Die nächsten Jahre werden aufgrund der steigenden Inflation und massiven Preissteigerungen einen ausgeglichenen Haushalt nur noch unter massiver Beleuchtung der Finanzlage sowie weiterer stringenter Prüfung aller Kostenfaktoren möglich machen. Gemeinsam müssen wir unsere **Steuern und Gebühren** hinterfragen. Die Verwaltung begrüßt deshalb den Antrag zur Prüfung einer weiteren Abgabe, wie etwa der sogenannten **Bettensteuer**, die auch bei uns auf der To-Do-Liste stand. Zugleich soll auch die **Parkraumbewirtschaftung** auf weitere Einnahmemöglichkeiten geprüft werden. So haben wir haben nochmals unsere Gebühren in unterschiedlichen Bereichen – siehe Veränderungsliste angepasst. Ebenso legen wir heute erstmalig einen **Bericht zur Vergabe externer Gutachten** vor, der anonymisiert morgen auch veröffentlicht wird. Wir werden zukünftig nicht auf eine generelle Vergabe verzichten können, aber auch uns ist es ein Anliegen, diese kritisch zu hinterfragen und transparent vorzulegen. An dieser Stelle darf ich mitteilen, dass durch unsere neue **Kollegin Sabrina Albers** im Bereich **Bürgerbeteiligung** bei der externen Begleitung zum Verkehrsversuch Postplatz bereits 30.000 Euro aus dem ursprünglichen Angebot herausgestrichen werden konnten und wir diese somit einsparen.

Was die Nettoneuverschuldung anbelangt, so planen wir mit **ca. 300.000 Euro** und wollen gleichzeitig Schulen abzubauen. Ausgabensteigerung gibt es allen voran im **Bereich des Fachbereichs 4 und beim Personal**. So belaufen sich die **Personal- und Versorgungsaufwendungen** im Haushaltsjahr 2023 auf **66,7 Mio. Euro**. Es ergibt sich eine Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Höhe von **3,4 Mio. Euro** bzw. **5,45 Prozent**. Bei der Kalkulation der Personalaufwendungen für 2023 haben wir notwendige Personalverstärkungen allen voran durch Aufgabenzuwächse und mögliche Ergebnisse der bevorstehenden Tarifverhandlungen berücksichtigt. Für die Aufwendungen der sozialen Sicherung planen wir für das Haushaltsjahr 2023 eine Steigerung in Höhe um **3,2 Mio. Euro** bzw. **6,04 Prozent**.

Aber wir verzagen nicht, sondern stellen erneut die Forderung an Bund und Land das **Konnexitätsprinzip als essenzielle Säule der finanziellen Unabhängigkeit der Kommunen**, und somit als Grundpfeiler der kommunalen Selbstverwaltung endlich zu beachten. Wir wollen und brauchen Mittel zur Verfügung, um in die Zukunft unserer Stadt investieren zu können. Aufgrund der hohen Steuerkraft gehen wir zudem davon aus, dass wir nach der Neuregelung des **Finanzausgleichsgesetzes** des Landes (LFAG) voraussichtlich weniger an Finanzmittel des Landes erhalten. So ergab die letzte Proberechnung ca. **1,3 Mio.**

Euro weniger an Erträgen. Die aktuellen Zahlen liegen uns allerdings noch nicht vor. Deshalb können wir die mittelfristige Finanzplanung erst bei unserer Haushaltsberatung im Dezember vorlegen.

Unsere **Wirtschaft** hat sich in den vergangenen Jahren trotz aller Widrigkeiten als resilient, innovativ und zukunftsorientiert erwiesen. Mutigen und Speyer verbundenen Unternehmerinnen und Unternehmern ist es mit zu verdanken, dass unsere **Finanzplanung so positiv** ausfällt. Deshalb ergeht Ihnen ein großes Dankeschön. Nach der Landeshauptstadt Mainz weisen wir im Jahr 2021 und 2022 die **höchste Steuerkraft** auf (2021: 82.054.984 Euro; 2022: 83.728.282 Euro). So planen wir für das Haushaltsjahr 2023 mit **59,5 Mio. Euro Gewerbesteuererinnahmen**, im Vergleich zum Haushaltsplan 2022 ergibt sich eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr in Höhe **von 5,5 Mio. Euro bzw. 10,19 Prozent** und orientiert sich an dem derzeitigen Ist-Stand. Sowohl der Ansatz der Gewerbesteuer als auch die Finanzplanungsjahren 2024 bis 2026 müssen ggfs. noch unter Berücksichtigung der Prognosen der regionalisierten Steuerschätzungen vom Herbst 2023 angepasst werden.

Unser **Standortvorteil** sind unsere Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe, Industrie und Handel, Gastronomie und Hotellerie sowie attraktive Freizeit- und Kulturangebote. Deshalb möchten wir unsere Wirtschaftsförderung allen voran Richtung **Standortmarketing** ausrichten, unser Handwerk im nächsten Jahr mit einer Veranstaltung zu Fachkräftegewinnung unterstützen sowie zentrale Stadtentwicklungsprozesse vorantreiben. Zudem haben sich unsere unterschiedlichen Veranstaltungen, wie die Innenstadtrundgänge, Abendbummel oder auch die Unternehmensbesuche als sehr gelungene Formate etabliert.

Dank des ausgeglichenen Haushaltes können wir, allen voran die **Gewerbe- und Grundsteuer**, auf dem jetzigen Stand zu halten. Das ist mir sehr wichtig, meine Damen und Herren, denn eine Erhöhung stellt gerade in diesen Zeiten eine weitere Belastung für die Bevölkerung und Unternehmen dar. Dennoch zwingt uns unsere finanzielle Lage im kommenden Jahr hierzu eine Diskussion anzustoßen.

Neben guten Bildungschancen und Familienfreundlichkeit zählt die **Infrastruktur** zu den Entscheidungen Standortfaktoren einer Stadt. Wirtschaft wie Bevölkerung erwarten gute Straßen, gute Verkehrsverbindungen, schnelles Internet und attraktive öffentliche Bewegungs- und Begegnungsräume. All dies subsumieren wir unter unserem **Leitbild einer inklusiven und nachhaltigen Stadtentwicklung**. Entsprechend darf ich Ihnen die **wesentlichen Investitionen** des Haushaltsjahres 2023 nennen (**Folie 6**): Verfahrenskosten und Rückstellungen für den Neubau der **Feuerwehr Hauptwache** 1 Mio. Euro, Ausstattung sowie Außenanlage **Kita Regenbogen** 505.000 Euro, Neubau Kita "**Cité de France**" 800.000 Euro, **Digitalpakt Schulen** 610.000 Euro, Realisierung des Ankaufs von Grundstücken zur Entwicklung **Pionier Quartier** 5,2 Mio. Euro, verkehrstechnische Maßnahmen

Gemeindestraßen mit 1,2 Mio. Euro, allen voran der Umbau Schifferstadtstraße und somit den ersten Step der Radpendler-Route.

Neben der **Vorfreude** auf die Inbetriebnahme des im nächsten Jahr fertiggestellten **Gerätehauses Nord** und für die Einleitung des Vergabeverfahren für die Hauptwache werden wir weiterhin konsequent und nachdrücklich unser Kaufinteresse auch für das **Polygongelände, allen voran als zentrale Perspektive für unser Tierheim** sowie die Unterstützung für den **THW-Neubau** bei der BIMA melden. Für die kommenden Jahre wird es von großer Bedeutung sein, zentrale und wichtige **Unterhaltungsmaßnahmen** sei es in die öffentliche Infrastruktur, wie Straßen und Plätze sowie in den öffentlichen Gebäuden zu intensivieren. Zudem wollen und müssen wir den nötigen Ansprüchen **von Klimawandel, Brandschutz und der Inklusion** gerecht werden.

Allen voran unsere **Tiefbauabteilung** sowie unser städtisches **Gebäudemanagement** können die lange Liste an Aufgaben und neuen Projekten kaum noch stemmen. Hierzu müssen wir uns auch als Politik ehrlich machen, unsere Anforderungen, Wünsche und Ansprüchen den **realistischen Gegebenheiten** an Personal und Finanzmittel anpassen. Entsprechend werden wir innerhalb der Verwaltung verstärkt daran arbeiten, Projekte und Vorhaben in der Planung, Durchführung und Finanzierung besser zu strukturieren und zu evaluieren, um ihnen sowie der Öffentlichkeit bessere Entscheidungsgrundlagen zu geben. Ziel ist es, uns ein realistischeres Aufgabenportfolio zu geben.

Wir freuen uns auf weitere Vorhaben, wie die Diskussion zur **Umgestaltung des Bahnhofvorplatzes**, die Fertigstellung der **Geh- und Radwegbrücke im Vogelgesang**, der Umsetzung des **Familienzentrums** am Platz der Stadt Ravenna und weiterer Projekten im Rahmen der Sozialen Stadt Speyer-Süd. Auch das **Radverkehrskonzept** gilt es noch zielgerichteter umzusetzen. Zum aktuellen Sachstand hierzu werden wir beim kommenden ASBK berichten. Auch den barrierefreien Umbau der Bushaltestellen treiben wir voran und wollen wir im kommenden Jahr auch erste Maßnahmen am Fischmarkt, Heinrich-Lang-Platz und Schulplätzchen umsetzen.

Wir freuen uns ebenso auf die weiteren Debatten und Erfahrungen, die wir durch unseren **Verkehrsversuch am Postplatz** gewinnen werden. Dieses Vorhaben kann ein wesentlicher Meilenstein unserer **klimafreundlichen Verkehrspolitik** werden. Die Stadtentwicklung und Stadtplanung mit all den Anforderungen (Denkmalschutz, Klimaschutz, Verkehrswege etc.) sowie Bedürfnissen der Bevölkerung müssen inklusiv gedacht werden. Alles hängt von einander ab und hat aufeinander Auswirkungen. Deshalb muss unser Ziel sein, dass wir unsere Konzepte nach jenen ausrichten, die die **schwächsten Verkehrsteilnehmenden** sind: Menschen mit Behinderung, Kinder und Seniorinnen und Senioren. Die Herausforderungen spiegeln die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte wieder. Wenn Gehwege schon an den

Bedarfen von Menschen mit Behinderung oder für Kinderwagen ausgerichtet wären, dann hätten wir die heutigen Probleme nicht. Und hierzu zählt auch zentrale Parkplätze zu optimieren und ein zielgerichtetes Parkleitsystem, dessen Grundlagen wir im kommenden Jahr zur Entwicklung geben möchten.

Ebenso freuen wir uns auf die Entwicklung des **Industriehofes** und des **Russenweiheres** sowie weiterer Bauvorhaben. Eine schnellere Bearbeitung von Bauanträgen steht dabei auf unserer eigenen, internen To-Do-List. Essenzieller Partner für unsere Wohnungsbaupolitik ist und bleibt die GEWO. Sehr geehrter **Herr Hanneder**, wir freuen uns über das **Bauprojekt St. Otto**. **Bitte richten Sie Ihrem Team unseren Dank und herzliche Grüße aus**. Es ist richtig und wichtig, dass wir als Verwaltung, die Wirtschaft und die Gesellschaft selbst in unsere Stadt investieren. Zur Weiterentwicklung unserer Stadt und allen voran zur **Aktivierung von Grundstücken** gilt es den Ankauf der Teilflächen der Kurpfalz-Kaserne (wenn möglich noch dieses Jahr), des Polygongeländes sowie die Planungen für den Industriehof, die städtische Bebauung am Russenweiher sowie die vertiefende Beratung zur Entwicklung des Normand-Geländes im kommenden Jahr zu erzielen.

Die Beratung und Beschlussfassung des **Freiraumentwicklungskonzeptes** wird eine zentrale Säule notwendiger und dringender Maßnahmen sein, um den Klimawandel und den damit verbundenen Folgen wie Hitze, Starkregen, Hochwasser entgegen zu treten. Es gilt unsere Stadt **grün** zu vernetzen, unsere Plätze wieder zu Oasen werden zu lassen und ebenso unsere Innenstadt im Hochsommer **zu kühlen**. Hierzu möchten wir nicht nur mit Ihnen und der interessierten Bevölkerung Rundgänge durchführen, sondern wir werden im ersten Quartal 2023 zu einer gesonderten Ratssitzung mit unserer Klimaschutzmanagerin **Katrin Berlinghoff** sowie dem neuen Kollegen im Bereich Klimaanpassungsmaßnahmen, **Björn Freitag**, einladen. Fokus unserer Veranstaltung zur Klimastrategie und Grünvernetzung werden vor allem Domgarten und Promenadenbereich mit Naturfreundeparkplatz und Festplatz sein. Die Machbarkeitsstudie zur Landesgartenschau dient uns hierbei als Diskussionsgrundlage. Auch als Verwaltung stellen wir uns nach und nach um und werden unsere Begrünungsmaßnahmen sukzessive nur noch mit mehrjährigen und wenn möglich heimischen Pflanzen und Gehölzen durchführen. Gezielte Entsiegelungsprogramme inklusive. Vielen Dank an dieser Stelle an meine **Kollegin, Umweltdezernentin Irmgard Münch-Weinmann**. Starten werden wir im kommenden Jahr mit dem Abriss der alten Kita am Eselsdamm. Eine fachorientierte Veranstaltung zum gegenwärtigen Zustand unseres Waldes gehört ebenso dazu.

Ein wichtiger Partner hierbei sind unsere **Stadtwerke Speyer**. Als unser kommunaler Energieversorger treibt die SWS maßgeblich den Ausbau regenerativer Energie, nachhaltiger Mobilität und kommunaler Daseinsvorsorge voran. So werden wir 2023 im Bereich der **Geothermie** unser Vorhaben verstärken, zudem haben wir uns bei der Landesregierung als

Pilotkommune für den Ausbau des grünen Wasserstoffs angeboten. Mit unserer **Infrastruktur nah am Hafen** könnten wir hier vor Ort ein Leuchtturmprojekt für alle Bereiche der Mobilität (Straße, Wasser, Luft und Schiene) sein. Wir benötigen eine **regionale** und nachhaltige **Energie- und Kreislaufwirtschaft**. Und genau deshalb sind wir auch von unserem eingeleiteten Planungsprozess bezüglich der BRS als wichtiger Säule grauer Energie überzeugt. Insbesondere unser kommunaler Energieversorger ist vom instabilen Energiemarkt betroffen. Steigende Preise, ein volatiler Energiesektor und die Unsicherheit der Versorgung werden unsere Werke in den kommenden Jahren besonders fordern – von den Menschen, die die hohen Preise stemmen müssen ganz zu schweigen.

Neben unserer Unterstützung benötigen wir deshalb weiterhin umfassende und tragende Maßnahmen durch die Bundesregierung. Denn nur durch unsere kommunalen Stadtwerke können wir etwa unser Bademaxx betreiben und den Ausbau des flächendeckenden Glasfaserausbaus vorantreiben. Sie sind **unser Anker für kommunale Daseinsvorsorge**. Sehr geehrter **Herr Bühring**, vielen Dank dafür an Sie und das gesamte SWS-Team.

Klimaschutz ist ein wichtiger Baustein der Krisenvorsorge und die letzten Jahre haben vielfach gezeigt, wie wichtig dieser ist. Die Zukunft ist ungewisser geworden und wir alle sind gefragt, trotz berechtigter Nöte und Sorgen die **Solidarität innerhalb unserer Stadtgesellschaft** zu stärken. Mit Bedacht und kritischem Blick gilt es mit den multiplen Krisen dieser Zeit umzugehen. Deshalb werden wir unseren **Feuerwehr- und Katastrophenschutz** weiterhin stärken und jenen Frauen und Männer, die in diesen Bereichen tätig sind, ob haupt- oder ehrenamtlich verbesserte **Rahmenbedingungen und Equipment** zur Verfügung stellen. Deshalb freuen wir uns sehr auf unser Jubiläumsjahr 2023, um 175 Jahre Feuerwehr Speyer mit Ihnen allen feiern zu dürfen. Für das kommende Jahr werden wir neben dem schon erwähnten Gerätehaus Nord, die Ausschreibung für den Neu- bzw. Umbau der Hauptwache Süd, die Installation weiterer Sirenen sowie die öffentliche Befassung zum Hochwasserschutz im Bereich der Riegeldeiche voranbringen. Infolge der aktuellen Energiekrise haben wir Beschaffungen in den Bereichen der Kommunikation und zum Aufbau von Wärmeinseln getätigt. Zugleich haben wir innerhalb der Verwaltung eine Stabsordnung erstellt und Erarbeiten einen **Alarm- und Einsatzplan Energie**.

Ebenso haben wir nach intensiven Diskussionen gemeinsam den Beschluss gefasst den öffentlichen Nahverkehr ausbauen. Damit schaffen wir einen besseren Zugang und tun etwas für unsere Umweltbilanz. Ich möchte allerdings offen anfügen, dass bei der heutigen Preisentwicklung der **ÖPNV** in Zukunft für die Städte nicht mehr zu bezahlen ist und wir auch hier Unterstützung von Land und Bund benötigen.

Auch unsere Innenstadt steht weiterhin vor enormen Herausforderungen. Wie sieht die **Speyerer Innenstadt von Morgen** aus? Wie kann sie sich auch in Zukunft nachhaltig und gut

weiterentwickeln? Diese und viele weitere Themen möchten wir mit Ihnen und der Öffentlichkeit in 2023 verstärkt diskutieren. Hierzu möchten wir uns im kommenden ASBK mit ihrer Beschlussfassung den Auftrag einholen. Ich kann jetzt schon mitteilen, dass wir Ihnen einige sehr progressive zur Diskussion anregende und vielleicht auch zu visionäre Beispiele aus anderen Städten zeigen werden. Zudem haben wir uns beim Land für das **Fördermittelprogramm „Innenstadtimpulse“** beworben und sind zuversichtlich, eine Zusage zu erhalten. Den Antrag hierzu werden wir dem Protokoll beifügen. Auf die heute anstehende Beratung zum weiteren Vorgehen hinsichtlich des Stadtdenkmals bin ich ebenfalls schon sehr gespannt.

Bei den Investitionen genießen bei uns unverändert **Bildung und Kinderbetreuung** Priorität. Einen großen Dank möchte ich deshalb in diesen und folgenden Themen an meine Kollegin, **Bürgermeisterin Monika Kabs**, richten. Mit großem Aufwand an finanziellen Mitteln und viel Elan haben wir es in den letzten Jahren geschafft, eine ausreichende Anzahl an Betreuungsplätzen bereitzustellen. Doch wir alle wissen, dass der Bedarf steigt, das neue Kitagesetz, die zähen Finanzierungsverhandlungen mit den freien Trägern sowie die Bedarfe der Kinder, Eltern und Personal müssen in den Blick genommen werden. So haben wir für 2023 geplant, die Aus- und Weiterbildung zu stärken, ein Pilotprojekt einer **Kitasekretärin** bei der Kita Wola zu starten, die Stundenkontingente der ständigen stellvertretenden Leitung auf alle Kitas auszuweiten und weiterhin auf die Erhebung der Elternbeiträge für die Einrichtungen Spielhaus Sara Lehmann sowie Nordpol zu verzichten. Ich würde dies als **Speyerer Weg** bezeichnen. Denn dies werden wir aller Voraussicht als freiwillige Leistung angemahnt bekommen.

Ebenso stehen wir zu unserer Verantwortung dafür zu sorgen, dass alle Speyerer Kinder **gute Fördermöglichkeiten** und gute Bildungsangebote vorfinden. Wir beschäftigen uns mit der Umsetzung des Digitalpaktes, wichtiger Brandschutz- und Inklusionsmaßnahmen sowie nachhaltiger energetischer Sanierungsprojekte. Und wir werden stationäre Raumlüfter einbauen. Der neu erstellte Schulentwicklungsplan wir uns weitere wichtige Informationen zum Ausbau des Schulstandortes aufzeigen. Insbesondere müssen wir uns auf die Umsetzung des Ganztagesanspruches bis 2026 vorbereiten und die Planungen für die Erweiterung der Pestalozzischule voranbringen. Mit der **Einführung kostenloser Menstruationsprodukte** werden wir beginnen sowie mit der Neuplanung des Jugendcafés Nord.

Wer sich über die Zukunft unserer Stadt Gedanken macht, kommt an einer Entwicklung nicht mehr vorbei: dem **demografischen Wandel**. Das heißt, wir als Stadt haben uns noch mehr darauf einzustellen, dass die Bevölkerung immer älter wird, wir also passgenauere Angebote für Seniorinnen und Senioren brauchen. Deshalb freuen wir uns sehr, dass unsere beiden GemeindeschwesterPlus ebenso gefragt sind, wie die Angebote des Seniorenbüros.

Insbesondere aber auch unsere **Vereine und das Ehrenamt** sind wichtiger Garant für eine Stadt für alle Generationen. So freuen wir uns sehr, dass Breiten- sowie Leistungssport wie so vieles wieder regelmäßig stattfinden kann.

Unsere Stadt hat ein vielfältiges kulturelles Leben. **Kultur ist in unserer Stadt nicht nur die Kirsche auf der Torte, sondern die Hefe im Kuchen.** Neben der ideellen und finanziellen Unterstützung von Kunst und Kultur werden wir nächstes Jahr wieder ein umfangreiches **Veranstaltungsprogramm** haben. Damit diese stattfinden können, haben wir maßgeblich die Erstellung von Sicherheitskonzepten vorangetrieben sowie massiv in Maßnahmen zu deren Umsetzung investiert. Wir tun dies, weil es uns wichtig ist, die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen zu erfüllen, dem Sicherheitsbedürfnis unserer Gäste gerecht zu werden sowie unseren Schaustellerbetrieben und Veranstalterinnen und Veranstaltern eine **verlässliche Partnerin** zu sein. Klar ist aber auch: Der im Jahr 2021 überarbeitete **§26 des Polizei- und Ordnungsgesetzes** muss seitens der Landesregierung hinsichtlich der Erfahrung aus der Praxis dringend evaluiert werden muss.

Als ein sehr besonderes Zeichen gilt es die **neue Städtepartnerschaft mit Chichester** zu erwähnen. Im kommenden Monat werden wir die entsprechende Partnerschaftsurkunde unterzeichnen. In Zeiten des Krieges auf europäischem Boden, in denen antieuropäische, antidemokratische Kräfte versuchen die Gesellschaft zu spalten und auch als Antwort auf den Brexit ist diese Partnerschaft ein wichtiges und historisches Zeichen unserer beiden Städte.

Für unser **zweites Weltkulturerbe**, die SchUM-Stätten im Judenhof, werden wir im kommenden Jahr mit der konkreten Planung und nach Möglichkeit Umsetzung für das neue Besucherzentrum beginnen. Für manche mag dies nicht schnell genug gehen. Aber wir wollen die einmalige **Chance**, die wir mit unseren zwei Weltkulturerbestätten haben, nutzen, um am Ende der Gespräche hoffentlich ein gemeinsames Besucherzentrum zu realisieren. Zwei Weltreligionen unter einem Dach vereint, das ist es, was wir wollen und wir hoffen auch das Bistum Speyer von dieser Vision überzeugen zu können. Ebenso muss uns der Ankauf des Grundstückes unseres Mahnmals gelingen.

Wie damals die Jüdinnen und Juden in unserer Stadt Schutz suchten und beim Bischof Schutz fanden, so stehen wir zu unserer **Verpflichtung ein sicherer Hafen** zu sein. Niemand der flieht, tut dies einfach so. Und mit den zunehmenden Folgen des vorrangig durch die Industriestaaten herbeigeführten Klimawandels sowie zunehmenden Krisenherden auf der Welt werden weiter Menschen fliehen müssen. Wir stehen zu jenen, die Hilfe brauchen und sind dennoch vor **große Herausforderungen** gestellt, wenn es darum geht, Menschen in unserer Stadt aufzunehmen, zu betreuen und zu integrieren. Auch hier brauchen wir dringend **mehr Unterstützung** von Seiten des Landes und des Bundes. Unterstützung, die über das reine Weiterreichen von Geldern hinausreicht. Denn schlussendlich sind es die menschlichen

Kontakte und ein gutes Miteinander, die dafür sorgen, dass wir Geflüchtete gut in unserer Gesellschaft aufnehmen können. Allen voran gilt auch hier mein **Dank an die Speyerer Bevölkerung**, die sich nach dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine **solidarisch** gezeigt und unsere Nachbarinnen und Nachbarn in Not unterstützt hat. Ohne das **Ehrenamt** ist die Integration von Geflüchteten, ist so vieles in unserer Stadt nicht umzusetzen – das wissen wir hier in Speyer sehr genau und **danken allen von Herzen**, die sich im Ehrenamt für Speyer, für die Menschen und unsere vielfältige Stadtgesellschaft, für Sport und Kultur einsetzen.

Eine Rolle wird in diesem Zusammenhang auch das **Stiftungskrankenhaus** spielen, das wir derzeit für eine mögliche Unterbringung von Geflüchteten rüsten. Und zugleich dessen Weiterentwicklung im kommenden Jahr in den Blick nehmen werden. Hierzu werden wir Diskussionsforen und Vor-Ort-Termine anbieten, um gemeinsam zu beraten, wie das Stiftungskrankenhaus künftig genutzt werden soll. Als wichtige Grundlage möchten und müssen wir allen voran im kommenden Hauptausschuss darüber beraten, dieses Gebäude an die Stadt zu übertragen. Daneben gilt unser Augenmerk verstärkt besseren Anlagemöglichkeiten sowie Rückstellungen für Investitionsmaßnahmen bei unseren Stiftungen.

Ein hoher Etatposten sind wie gesagt die **Personalkosten**. Als Dienstherrin trage ich die **Verantwortung** für unsere kommunalen Bediensteten. Gleichwohl gilt es immer wieder zu prüfen, welche neue Stellen wir brauchen und welche wir zukünftig nicht mehr benötigen. Wir als Verwaltung haben die Pflicht im Sinne der Bürgerschaft handlungsfähig zu bleiben. Dazu bedarf es Personal: **motiviert und qualifiziert**. Viele Mitarbeitenden arbeiten bereits jetzt am Limit. Sie erbringen eine großartige Leistung, um die wachsenden Herausforderungen zu meistern und um der Bürgerschaft den Service zu bieten, den sie erwarten und auch erwarten dürfen. So werden wir im kommenden Jahr mit **44 neue Stellen**. Davon allein zehn im Bereich der Kernverwaltung, etwa für die EVD und Digitalisierung, weitere 26 im Sozialbereich und für Kita sowie drei neue Stellen für die Übernahme des **fließenden Verkehrs** einplanen. Die Beantragung, diese Aufgabe des Landes zu übernehmen, wird wahrscheinlich im zweiten Quartal erfolgen. Zuvor möchten wir den Bericht des Rechnungshofes abwarten. Durch Aufgabenzuwächse, wie im Sozialbereich durch die Wohngeldreform, die hoffentlich baldige Einführung des Bürgergeldes, den Ausbau der Kindertagesstätten und hauptamtlicher Feuerwehrestellen sowie Digitalisierung benötigen wir ebenso Personal wie im Bereich unserer Hausmeister und des Baubetriebshofes. Dabei gilt es die Arbeitsbedingungen zu optimieren, um auch dem bei uns in der Verwaltung spürbaren **Fachkräftemangel** entgegen zu wirken. Hierzu gehört der Ausbau von Home-Office, flexible Arbeitszeiten sowie die Einführung des Job-Rads. Aber auch die Sanierung unserer Verwaltungsgebäude, sowohl energetisch wie

auch digital. Insbesondere in der **Großen Himmelsgasse** haben wir hier massiven Nachholbedarf.

Wichtig auch hier ist ein **Umdenken bei der Genehmigungsbehörde**. Ich bin froh, dass sich aufgrund meiner Initiative sich auch **Städtetag** mit dieser Thematik befasst. Wir fordern einen Platzausbau der kommunalen Studieninstitute, die Genehmigung der Stellenpläne im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung sowie eine bessere Bezahlung im Handwerk, IT- und Technischen Bereich. Ebenso gilt es die Besoldungsgruppen sowie bessere Beförderungsmöglichkeiten zu prüfen, um gegenüber den angrenzenden Bundesländern **wettbewerbsfähig** zu bleiben. Um das vorhandene Personal zu entlasten, bedarf es den Abbau von Bürokratie und den Ausbau der Digitalisierung. Die Funktionsfähigkeit unserer kommunalen Verwaltungen zu erhalten, das muss unser aller Ziel sein. Das gilt auch für uns. An vielen Stellen knirscht und klemmt es aufgrund **bürokratischer Hürden** in der internen sowie externen Zusammenarbeit. Wir wollen agiler werden, um unsere Vorhaben zielführend, pragmatisch aber auch nachhaltig umsetzen zu können. Ein Schritt hierbei ist es, unsere **Informations- und Beteiligungsformate** auszubauen.

Dazu gehört, wie eben erwähnt, dass der Digitalisierungsprozess auch in unserer Verwaltung voranschreitet. Im Mittelpunkt steht hierbei die **Einführung eines Dokumentenmanagementsystems** sowie die **Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes**. Und dies über die eigentliche Antragsstellung hinaus bis zur Sachbearbeitung. Wir benötigen Zeit, um unseren Ansprüchen im Bereich der Bürgerservices gerecht zu werden. Als wesentlicher Hemmschuh zeigen sich dabei fehlende Vorgaben und Finanzmittel, wie etwa beim sogenannten Einer-für-Alle-Prinzip (EfA), bei dem Bund und Ländern Verwaltungsleistungen digitalisieren. Positiv hervorzuheben ist das **MediaTOR** als wahrer Nukleus und Leuchtturm in Bereich der digitalen Angebote, Vernetzung und Prävention. Wir sind sehr froh, dass die Landesmedienanstalt hier bei uns Speyer die erste Einrichtung dieser Art umgesetzt hat und dort im kommenden Jahr unter anderem die Eröffnung der Woche der Medienkompetenz stattfinden wird. Mein Dank geht an dieser Stelle an meine Kollegin, **Beigeordnete Sandra Selg**, sowie unsere Mitarbeiterin **Maike Threin** und unseren EDV-Abteilungsleiter **Andreas Heck** mit Ihren Teams für ihren unermüdlichen Einsatz, die Verwaltung zu digitalisieren.

Damit kommen wir zum Ende meiner Ausführungen. Sie sind das Ergebnis eines harten Ringens und vieler Gespräche. Allen, die sich beteiligt und eigene Vorschläge eingebracht haben, möchte ich ganz herzlich für ihr Engagement für unsere Stadt danken.

Allen voran meinen Kolleginnen im Stadtvorstand, Bürgermeisterin Monika Kabs und den Beigeordneten Irmgard Münch-Weinmann und Sandra Selg. Ein großer Dank gebührt der **Kämmerei, Bianka Lübge** mit Ihrem Team allen voran **Tobias Flörchinger und Jannik**

Barth, die in enger Zusammenarbeit mit den Controllerinnen und Controllern der Fachbereiche viel Zeit und Energie aufgewandt haben, um diesen ausgeglichenen Haushaltsentwurf zu erarbeiten. Sowie allen Mitarbeitenden unserer Verwaltung und deren Tochtergesellschaften. Sie alle geben der Stadtverwaltung Speyer ein Gesicht und ich bin Ihnen als Dienstvorgesetzte für Ihre geleistete Arbeit weit über das normale Maß hinaus zu Dank verpflichtet.

Dieser Entwurf liegt Ihnen nun vor, liebe Ratsmitglieder. Die **Debatte ist eröffnet**. Sicher wird es Gegenvorschläge geben und auch Kritik. Dazu ist die Haushaltsdebatte da: alle Entscheidungen noch einmal abzuwägen. Ich bitte Sie, **fair zu diskutieren** und bei Zusatzvorschlägen auch die Finanzierung im Auge zu behalten. An dieser Stelle möchte ich an Sie **appellieren**, meine sehr verehrten Ratskolleginnen und Ratskollegen. Bei allen berechtigten Forderungen nach Umsetzung von Projekten, nach mehr Transparenz, sollten Sie sich bewusst machen, dass es „**die Verwaltung**“, wie einige von Ihnen uns regelmäßig bezeichnen, pauschal nicht gibt. Wir sind ebenso Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die wie Sie ein großes Interesse haben, im Sinne unserer aller Stadt zu agieren. Wir sind offen für Vorschläge, wir sind offen dazuzulernen und auch Entscheidungen kritisch zu hinterfragen. Wir wollen eine wertschätzende Diskussion und auch Fehlerkultur in unserer Verwaltung, im Rat und mit der Bevölkerung. Wir alle sind gefragt **Vertrauen in staatliche Institutionen** wieder auf- und auszubauen und jenen, die dies lautstark in Frage stellen, die die Wissenschaft und unsere Demokratie anzweifeln, stringent entgegenzutreten.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Haushaltsentwurf setzt unseren **erfolgreichen Weg** der letzten Jahre trotz aller Widrigkeiten und Herausforderungen fort und gibt neue Impulse, um den Standort zu stärken und die Lebensqualität zu verbessern. Wenn es uns gelingt, diese umzusetzen werden wir unserer Verantwortung für die heutige und die nachfolgenden Generationen gerecht. Ich bitte Sie dem Entwurf **zuzustimmen** und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.